

Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

Vor 20 Jahren: Wie ich den Tag des Mauerfalls erlebte

Derzeit wird viel über den „Mauerfall“ und damit verbunden die „Wiedervereinigung“ oder den „Schritt nach Europa“ geredet. Aber nicht alles ist authentisch. Vor allem entstehen – nicht zuletzt des Geschäftes wegen – Berichte, die weder zeitlich noch inhaltlich korrekt sind. Man will nur rechtzeitig „auf dem Markt sein“.

Am 9. November 1989 wurde, mehr aus Versehen, die Mauer in Berlin „geöffnet“. Noch immer schwang die Furcht mit, dass der bestehende Schießbefehl ausgeübt und ein Bürgerkrieg oder gar Weltkrieg ausgelöst werden könnte. Eigentlich hatte auch Günther Schabowski nichts anderes verkündet als eine „geordnete Reisefreiheit“, Reisen mit behördlicher Genehmigung. Wer heute so tut, als wäre gleich danach alles wie selbstverständlich in Richtung „Vereintes Deutschland“ und damit „Vereintes Europa“ gelaufen, nimmt das Ergebnis vorweg, ohne die bestehenden Hindernisse zu würdigen.

Am 9. November 1989 wurde die Mauer geöffnet, aber sie stand weiterhin

Im Deutschen Bundestag lief – ab dem 6. November nach der Allerheiligen-Woche – alles wieder seinen gewohnten Gang. Die Ausschüsse berieten ihre Tagesordnungen, das Plenum wickelte am Donnerstag, 9. November, eine erneute Debatte über die Zukunft

der Renten ab. Gespannt hörte man zwischendurch Radio, in aufgeregten Zirkeln standen Gruppen beisammen. Der Haushaltsausschuss trat in seine nerven- und zeitraubende Beratung der ersten sogenannten „Bereinigungssitzung“ ein. Da ging es, bevor in der letzten November-Woche der endgültige Abschluss des Etats für das Wahljahr 1990 erzielt werden sollte, um viele kleine Einzelpositionen, die unter den Fraktionen oder Abgeordneten umstritten waren. Von 9 Uhr morgens bis spät in die Nacht dauerten gewöhnlich solche Sitzungen. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Rudi Walther (SPD), und sein Stellvertreter, Klaus Rose (CSU), wechselten sich in der Sitzungsleitung ab. Es galt, konzentriert zu sein.

Abends gegen 21 Uhr rief plötzlich jemand in der Sitzung, dass unten im Plenum, wo viele Abgeordnete zusammengekommen waren, die Nationalhymne angestimmt worden sei, weil die Mauer in Berlin geöffnet wäre. Da hielt es auch die Mitglieder des Haushaltsausschusses nicht mehr im Sitzungssaal im

25. Stock des „Langen Eugen“. Sie eilten zum Plenarsaal und mischten sich unter die ungläubigen, aber auch freudestrahlenden Gesichter. Am Tag darauf wurde für 10.30 Uhr eine Fraktionssitzung einberufen, um erste Gedanken über die neue Lage zu bekommen. Der Bundeskanzler selbst war bekanntlich am „Tag des Mauerfalls“ zu einem Freundschaftsbesuch beim ersten frei gewählten polnischen Regierungschef Mazowiecki. Er klinkte sich anschließend von Warschau kommend in eine spontane Kundgebung in Berlin ein, die der Regierende Bürgermeister Walter Momper organisieren ließ. Am darauffolgenden Wochenende sollte der CSU-Parteitag in München ablaufen – natürlich auch mit einer geänderten Tagesordnung. Alle fragten sich, wie es wohl weitergehe. Friedlich? Dass alles in einer „Wiedervereinigung“ enden sollte, malte sich kaum jemand aus.

Am 28. November 1989 trug der Bundeskanzler seinen „10-Punkte-Plan“ vor

Ab dem 9. November 1989 stellten sich im Bundeskanzleramt in Bonn schwere Gedanken ein. Wie sollte sich die Bundesregierung verhalten? Sollte sie auf die neue DDR-Regierung mit SED-Generalsekretär Egon Krenz zugehen? Wie weit konnte man mit einem eigenen Angebot zur Zusammenarbeit beitragen? Wie mächtig waren die Staatsorgane der DDR zu diesem Zeitpunkt? Wie diplomatisch-zurückhaltend gegenüber den Alliierten musste man sein?

Bekanntlich hatte ich am 28. Oktober 1989 über die BILD-Zeitung und am 6. November 1989 in einem Brief an den Bundeskanzler einige weitergehende Schritte gefordert. Dazu gehörte der Aufruf zum Niederreißen der Mauer und



Bundestagsabgeordnete und DDR-Grenzsoldaten in Berlin (auf dem Foto oben Peter Struck und Klaus Rose).

zur Beseitigung des Todesstreifens ebenso wie die Gründung deutsch-deutscher Firmen oder die staatliche Zusammenarbeit in einer Art „Konföderation“. Als dann am 28. November 1989 Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Beratung des Kanzler-Etats unangemeldet seine „Zehn Punkte“ vortrug, sprang ich begeistert beim Schluss-Applaus auf und klatschte heftig Beifall. Ich hatte in der ersten Reihe Platz nehmen können, weil ich in der Haushaltsdebatte als Redner vorgesehen war. Der kürzlich im ZDF zu sehende Zweiteiler von Guido Knopp über die damaligen Ereignisse hatte meinen heftigen Applaus wieder ins Gedächtnis gerufen.

Überrascht, aber zum Teil auch verärgert reagierten andere Abgeordnete auf die Kohl-Rede. Die Stimmung war keineswegs offen für eine „Wiedervereinigung“. Der FOCUS zitierte in der letzten Ausgabe einige damalige politische Schwergewichte, so auch Willy Brandt. Dieser habe erklärt, „die Hoffnung auf Wiedervereinigung wurde gerade zur Lebenslüge der zweiten deutschen Republik“. Hans-Jochen Vogel, Brandts Nachfolger als SPD-Chef, habe sich sogar über das „leichtfertige und illusionäre Wiedervereinigungsgerede“ empört. Johannes Rau, späterer gesamtdeutscher Bundespräsident, habe eine Woche nach dem Mauerfall erklärt, die „Wiedervereinigung wäre eine Rückkehr zum Alten“. Das Protokoll des Deutschen Bundestages von der 177. Sitzung am 28.11.1989 hielt außerdem fest, dass sich für die Grünen deren Sprecherin Oesterle-Schwerin folgendermaßen geäußert hatte: „Solidarität mit der DDR heißt deshalb auch, politisch allen Wiedervereinigungsgelüsten einen Riegel vorzuschieben, den ökonomischen Aufkauf des

anderen deutschen Staates zu verhindern. Deshalb und gerade auch jetzt möchte ich für eine Politik der Zweistaatlichkeit und für die Anerkennung der DDR werben, ohne Wenn und Aber.“

Am 7. Dezember 1989 standen immer noch „DDR-Grenzsoldaten“ auf der Mauer

Die alljährlich im Dezember in Westberlin stattfindende Beratung des Bundestags- und des Berliner Haushaltsausschusses über die „Bundeshilfe für Berlin“ stand vom 5. bis 7. Dezember 1989 unter der Schwierigkeit, realistische Zahlen für 1990 und die folgenden fünf Jahre zu präsentieren. Im Gespräch mit dem Parlamentspräsidenten und dem Regierenden Bürgermeister, Jürgen Wohlrahe und Walter Momper, sowie mit dem Sender RIAS Berlin gab es erste Überlegungen von möglichen Veränderungen. Dass viel mehr Geld gebraucht werde, war den erfahrenen „Haushältern“ schnell präsent. Der kurze Gang vom Reichstagsgebäude zur eben noch als reale Bedrohung empfundenen Mauer und einige freundliche Worte mit den „DDR-Grenzsoldaten“ ließ die finanzielle Bedrohung allerdings in einem milderen Licht erscheinen. Noch war ja von einer realen Wiedervereinigung nichts bekannt. Es wurde auch erst später von der „Hinterlassenschaft des Sozialismus“ gesprochen. Der Weg bis zum 3. Oktober 1990, dem tatsächlich vollzogenen Einheitsdatum, war nicht bloß schwierig und steinig, sondern auf keiner Karte vorgezeichnet. Die „Menschen unten“ und die „Politiker oben“ mussten mit großer Entschlossenheit, aber auch mit größter Vorsicht vorgehen. Dass dies alles gelang, wird von nicht wenigen als das eigentliche „Wunder“ gesehen.

